

# Niederschrift

über die 38. Sitzung des Stadtrates Wörth a. Main am 19. Juli 2023  
im Sitzungssaal des Rathauses

Zu der Sitzung waren alle Stadträte ordnungsgemäß geladen. Erschienen sind der Erste Bürgermeister und 15 Stadtratsmitglieder. Stadtrat Salvenmoser fehlte entschuldigt. Stadtrat Schusser nahm an der Sitzung ab 20.30 Uhr teil.

Ferner waren anwesend: Herr Köhler (Zweckverband KVÜ, TOP 3)  
VR. A. Englert als Protokollführer

Die Sitzung war öffentlich von TOP 1-9, nichtöffentlich ab TOP 10 und dauerte von 19.00 Uhr bis 22.00 Uhr. Soweit nicht anders vermerkt, wurden die Beschlüsse einstimmig gefaßt.

---

## 1. Bürgerfragestunde

Während der Bürgerfragestunde wurden keine Anliegen an den Stadtrat herangetragen.

## 2. Genehmigung der Niederschrift über die Stadtratssitzung am 21.06.2023

Der Stadtrat beschloß, die Niederschrift über die Stadtratssitzung am 21.06.2023 zu genehmigen.

## 3. Verkehrssituation aus Sicht der Kommunalen Verkehrsüberwachung

Die Stadt ist seit dem Jahr 2005 Mitglied des „Zweckverbands Kommunale Verkehrsüberwachung im Landkreis Miltenberg“ und hat ihm die Überwachung des ruhenden wie des fließenden Verkehrs übertragen. Herr Reinhold Köhler, Geschäftsleiter des Verbands, stellte die Verkehrssituation in Wörth aus Sicht des Zweckverbands dar.

Im Bereich des fließenden Verkehrs sind danach lediglich in der Landstraße vermehrt Verstöße zu beobachten; an den anderen Meßstellen ist die Situation unauffällig. Insgesamt ist die Gesamtlage relativ entspannt, wobei eine Diskrepanz zwischen wahrgenommenen und tatsächlichen Geschwindigkeiten mitunter ein verzerrtes Bild ergibt. Die Mehrzahl der Geschwindigkeitsüberschreitungen bewegt sich im Bereich 6-10 km/h und gelegentlich zwischen 11 und 15 km/h. Höhere Überschreitungen sind die Ausnahme.

Auf Anfrage von Stadtrat Laumeister bestätigte Herr Köhler, daß im Umfeld der Schule v.a. während der Schulwegzeiten Messungen durchgeführt werden. Vor allem auch wegen der dortigen Fußgängerampel mußten bislang keine Unfälle registriert werden.

Die Stadträte Turan und Denk regten an, vermehrt Kontrollen in der Bahnstraße durchzuführen, da v.a. zwischen Odenwaldstraße und Bahnstraße schnell gefahren werde.

Stadtrat Wetzel wies auf Situation in der Landstraße hin, wo vor allem nachts schnell und auch laut gefahren werde. Bgm. Fath-Halbig schlug vor, dort zunächst reine Zählgeräte zu installieren und je nach dem Ergebnis konkrete Meßtermine zu planen

Im Bereich des ruhenden Verkehrs sind vor allem fehlende Parkscheiben oder Überschreitungen der Höchstparkdauer festzustellen. Schwerpunkte sind dabei wegen der dortigen Parkzeitbegrenzungen Landstraße, Luxburgstraße, Weberstraße und Odenwaldstraße.

Angesichts des hohen Parkdrucks und nicht überall vorhandener privater Stellflächen schlug Herr Köhler vor, in der Altstadt Zonenhalteverbote mit entsprechend markierten Stellplätzen auszuweisen und damit die Durchfahrt für Feuerwehr und Rettungskräfte sicherzustellen.

Bgm. Fath-Halbig bat darum, eine Überwachung künftig auch in den Abendstunden und an den Wochenenden durchzuführen. Nur durch eine dichte Kontrolle könne die

Situation verbessert werden. Stadträtin Käufer bat um verstärkte Überwachung der Bayern- und der Carl-Wiesmann-Straße, Stadtrat Hofmann um ein gleiches für den Bereich rund um das SAF-Gelände an den Wochenenden ab 20.00 Uhr.

Herr Köhler stellte dar, daß die Verkehrsüberwachung für die Stadt zu geringen finanziellen Überschüssen führt. Vor diesem Hintergrund sollen die angesprochenen Veränderungen zunächst noch nicht zu einer Ausweitung des Überwachungsumfangs führen.

Auf Nachfrage von Stadträtin Straub bestätigte Bgm. Fath-Halbig, daß in Kürze wieder ein Forum Parken durchgeführt werden soll.

Ein Beschluß wurde zu diesem Tagesordnungspunkt nicht gefaßt.

#### **4. Beschaffung eines Tanklöschfahrzeugs Waldbrand – Auftragsvergabe**

Für die Beschaffung eines Tanklöschfahrzeugs Waldbrand (TLF WB) hat das Büro Brandschutz-Renninger ein europaweites Vergabeverfahren durchgeführt. Ausgeschrieben wurden vier Fahrzeuge, drei davon sind für den Landkreis Aschaffenburg vorgesehen. Wegen besonderer Anforderungen und spezifischer Schnittstellenproblematiken wurden die Lose Fahrgestell und Aufbau, die in der Regel getrennt behandelt werden, zusammengefaßt ausgeschrieben. Als Wertungskriterien für dieses Los wurden die Faktoren

Preis mit 50%  
Erfüllung technischer Anforderungen mit 35%  
Service Fahrgestell mit 3%  
Service Aufbau mit 12%

festgelegt. Als Wertungskriterien für das Los Beladung wurden gewichtet:

Preis mit 75%  
Erfüllung technischer Anforderungen mit 25%

Die Erfüllung der Kriterien wurde dabei nach einem standardisierten Verfahren in Wertungspunkte transformiert.

Folgende Angebote liegen vor:

<b>Los 1 – Fahrgestell und Aufbau</b>	<b>Wertungspunkte</b>
Bieter A	9,50
Bieter B	8,51
Bieter C	8,35
Bieter D	8,22
Bieter E	7,79

Bieter A hat auch das günstigste Angebot abgegeben. Für das Fahrzeug der Stadt ergibt sich eine Bruttosumme in Höhe von 502.784,82 €. Der Bieter ist als leistungsfähig und zuverlässig bekannt.

<b>Los 2 – Beladung</b>	<b>Wertungspunkte</b>
Bieter F	10,00
Bieter G	9,54
Bieter H	9,51
Bieter I	8,35

Bieter F hat auch das günstigste Angebot abgegeben. Für das Fahrzeug der Stadt ergibt sich eine Bruttosumme in Höhe von 45.030,79 €. Der Bieter ist als leistungsfähig und zuverlässig bekannt.

Insgesamt ergibt sich ein Beschaffungspreis für das Fahrzeug von 547.815,61 €. Dieser liegt im Rahmen der Erwartung von 550.000,00 €. Für die Finanzierung positiv

wirkt sich daneben die zum 01.07. eingeführte Erhöhung des Festzuschusses des Freistaats um 31.185,00 € auf 135.135,00 € aus.

Der Stadtrat beschloß, die Aufträge an die jeweils wenigstnehmenden Bieter A und F zu vergeben.

Bgm. Fath-Halbig gab bekannt, daß Auftragnehmer für das Los 1 die Fa. Schlingmann und für das Los 2 die Fa. Albert Mahr ist.

## **5. Beschlußfassung über einen Beitritt zum Regionalen Energiewerk**

Klimawandel, Energiesicherheit und -versorgung sowie Preisentwicklung bedingen die Energiewende. Der Ausbau der erneuerbaren Energie wird hierbei einen Schwerpunkt darstellen. Die Gestaltung der Energiewende allerdings findet vornehmlich in den Kommunen statt.

Die großen politischen Rahmenbedingungen führen dazu, dass massiv in alternative Energieerzeugung investiert wird. Insbesondere Projektentwickler zeigen Interesse und versuchen Flächen für ihre Projekte (z.B. Windkraft, Photovoltaik, Wärmeversorgung) zu akquirieren. Ziel muss es sein, dass die Kommunen das Heft des Handelns selber in die Hand nehmen und die Entwicklung steuern. Die meisten Gemeinden sind damit allerdings, personell und vom Know-how her, überfordert.

Auf der Ebene der Region bayerischer Untermain wird daher die Idee eines „Kommunalen Energiewerkes“ verfolgt um die kommunalen Interessen zu bündeln und die Wertschöpfung in der Region zu belassen. Die regionale Energieversorgung muss bei der Wertschöpfung in der Region bleiben. Beteiligungsmöglichkeiten der Bürgerschaft müssen ermöglicht werden. Dies erhöht die Akzeptanz und den Gestaltungswillen.

Bereits 2011 wurde diese Idee geboren, allerdings gestalteten sich damals viele Rahmenbedingungen ungünstig.

Diese haben sich aktuell geändert, weshalb nun eine REW Untermain GmbH (Regionales Energiewerk Untermain) gegründet werden soll, welche als Motor der Energiewende erneuerbare Energieprojekte in der Region bis zu einer Investitionsreife entwickelt und die Voraussetzungen dafür schafft, dass an der Realisierung und dem Nutzen dieser Projekte die Gemeinden, die Landkreise, die Gemeinde- und Stadtwerke aus der Region, Bürgerenergiegenossenschaften und regionale Unternehmen partizipieren können.

Dies beinhaltet insbesondere:

- Unterstützung der Gemeinden, in deren Gebiet Projektstandorte gegeben sind
- Abschluss von Flächensicherungsverträgen mit den Grundstückseigentümern
- Vergabe und Begleitung von Gutachten die für die Genehmigungsfähigkeit eines Projektes erforderlich sind
- Unterstützung bei Erstellung von vorhabenbezogenen Bebauungsplänen
- Herstellung der Genehmigungsreife
- Organisation von Projektgesellschaften unter Beteiligung u.a. von regionalen Unternehmen und Bürgerenergiegenossenschaften, und Abgabe der Projekte an diese (gegen Erstattung der Aufwendungen).

Die Abstimmung des Gesellschaftervertrages bedarf noch Zeit. Für die Prüfung der kommunalrechtlichen Fragestellungen sind noch juristische Abstimmungen notwendig. Daher können derzeit nur Grundsatzbeschlüsse gefasst werden, um Beteiligungsquoten zu klären.

Die Gründung der REW Untermain GmbH ist grundsätzlich zu begrüßen. Seitens der Stadt Würth a.Main besteht über die EZV Energie- und Service GmbH mit Beteiligung an City-Use und gasuf sodann eine, wenn auch geringe, Beteiligung an der REW Untermain GmbH.

Angesichts dieser Voraussetzung und dem erklärten Willen von EZV Energie- und Service GmbH (Stromerzeugungsprojekte) mit der Stadt Wörth als Gesellschafter und gasuf (Wärmeprojekte) mit direkter Beteiligung der EZV, Projekte in der Region zu realisieren, empfiehlt die Verwaltung, von einer direkten Beteiligung an der REW Unterrain GmbH zunächst Abstand zu nehmen.

Auf Anfrage von Stadtrat Wetzel teilte Bgm. Fath-Halbig mit, daß das REW zunächst mit 1-2 Beschäftigten die Arbeit aufnehmen soll. Je nach Entwicklung sind weitere Personaleinstellungen geplant.

Stadtrat Dotzel wies darauf hin, daß der Landkreis Aschaffenburg dem REW nicht beitreten wird. Bgm. Fath-Halbig bestätigte dies.

Der Stadtrat beschloß, dem Regionalen Energiewerk zunächst nicht beizutreten.

## **6. Bauhof – Billigung der Konzeption für den Fuhrpark**

Im Rahmen der Betrachtung zur Neuausrichtung des Bauhofs hat die Bayerische Akademie für Verwaltungs-Management auch eine Konzeption für die mittelfristige Planung im Fahrzeugbereich erstellt und dem Stadtrat in seiner Sitzung am 21.06. präsentiert.

Der Stadtrat beschloß, diese Konzeption zu billigen.

## **7. Aufstellung eines Bebauungsplanes für den Bereich Alter Bahnhof und Güterhalle**

Mit Schreiben vom 13.07.2023 haben Herr Matthias Spall und Herr Muzaffer Turan darum gebeten, für ihre Grundstücke Fl.Nrn. 5133 und 5135 einen Bebauungsplan aufzustellen, der die planungsrechtliche Grundlage für die Genehmigung verschiedener Bauvorhaben bilden soll.

Der Stadtrat stimmte dem zu, sofern die Kosten der Planung von den Antragstellern übernommen werden.

Stadtrat Turan nahm an Beratung und Abstimmung gem. Art. 49 GO nicht teil.

## **8. Bekanntgaben**

Bgm. Fath-Halbig gab folgendes bekannt:

- Die Markierungsarbeiten in den verschiedenen Straßen laufen derzeit an.
- Das Staatliche Bauamt plant die umfassende Sanierung des Kreisverkehrs am Bahnübergang Blaschek. Dabei wird auch die Anschlußstelle Wörth-Süd der B 469 vorübergehend komplett gesperrt. Ein detaillierter Bauzeitenplan liegt noch nicht vor. Auf Nachfrage von Stadtrat Dotzel teilte er mit, daß der Bau des Radweges entlang der St 3259 Süd voraussichtlich nicht Teil der Maßnahme ist.

## **9. Anfragen**

- Auf Anfrage von Stadtrat Denk gab Bgm. Fath-Halbig bekannt, daß eine Rückmeldung der Sicherheitswacht über ihre Tätigkeit in Wörth noch nicht vorliegt. Eine entsprechende Evaluation ist für den Spätherbst vorgesehen und soll im Stadtrat vorgestellt werden.
- Stadtrat Dotzel regte an, im Amtsblatt eine Übersicht der im Stadtgebiet vorhandenen Defibrillatoren zu veröffentlichen. Dem soll gefolgt werden.

- Stadtrat Hofmann schlug vor, den Fußweg zwischen der Pfarrer-Adam-Haus-Straße und der Hoheneckstraße nur mit je einem statt derzeit zwei Pollern abzusperren. Dem hielt Bgm. Fath-Halbig die schlechtere Sperrwirkung entgegen.
- Stadtrat Hofmann bemängelte, daß der Radweg am Mainufer in Richtung Trennfurt teilweise überwachsen ist. Der betreffende Grundstückseigentümer soll zum Rückschnitt aufgefordert werden.
- Stadtrat Hofmann wies darauf hin, daß das Eingangstor an der Landstraße zum Friedhof defekt ist. Der Sachverhalt soll überprüft werden.

Wörth a. Main, den 22.08.2023  
A. Fath-Halbig  
Erster Bürgermeister

A. Englert  
Protokollführer